

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Er scheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich Zunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 7.

Berlin, Sonnabend, 23. Januar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Stiefkinder der Gesetzgebung. — Die Unfallversicherung i. J. 1907. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Stiefkinder der Gesetzgebung.

So darf man mit Recht die landwirtschaftlichen Arbeiter bezeichnen. Auch die in der Industrie beschäftigten Arbeiter sind gen. nicht auf Rosen gebettet; im Vergleich aber zu den Landarbeitern stehen sie immerhin noch günstig da. Wenigstens gilt das in bezug auf die rechtlichen Verhältnisse. Für den Landarbeiter gibt es kein Koalitionsrecht. In den meisten Gegenden Deutschlands gelten für ihn noch Gefindeordnungen, die auf ein recht ehrbares Alter stolz sein können. Wer sich einen Kontraktbruch zuschulden kommen läßt, wird schwer bestraft, selbst dann, wenn dieser Kontraktbruch durch unerträgliche Zustände im Arbeitsverhältnis verursacht worden ist. Die Wohlthat der sozialen Versicherung ist den landwirtschaftlichen Arbeitern zum großen Teil vorenthalten, und auch zahlreiche Bestimmungen, die zum Schutze des Lebens und der Gesundheit gewerblicher Arbeiter geschaffen worden sind, existieren für den Landarbeiter so gut wie gar nicht.

An Versuchen, eine Besserung in dieser Hinsicht herbeizuführen, hat es nicht gefehlt: sie sind aber bisher noch stets gescheitert an dem Widerstande der Regierung, auf die bekanntlich die Junker und Agrarier einen unheimlichen Einfluß auszuüben vermögen. Sie aber gerade stellen sich allen Reformbestrebungen ablehnend gegenüber. Daß sie damit selbst die von ihnen beflagte Leutenot auf dem Lande herbeiführen und fördern, ist eine Tatsache, gegen die sie sich mit großer Hartnäckigkeit verschließen. Sie brauchen sich deswegen auch nicht zu wundern, wenn der Mangel an brauchbaren Arbeitskräften auf dem Lande dauernd eher steigt als fällt.

Einen neuen Versuch, bessere Verhältnisse für die ländlichen Arbeiter zu schaffen, bedeutet ein sozialdemokratischer Antrag, der am Mittwoch den Deutschen Reichstag beschäftigte. Er zielt darauf ab, eine reichsgesetzliche Regelung der Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter herbeizuführen. Zu diesem Zwecke sollen die auf Kontraktbruch angelegten Strafen aufgehoben, die sogenannten Gefindeordnungen beseitigt und dafür ein Koalitionsrecht gewährt werden, das es den Arbeitern ermöglicht, auf dem Wege der Selbsthilfe eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu erzielen. Des weitern soll für das Gesunde und die ländlichen Arbeiter eine reichsgesetzliche Krankenversicherung eingeführt und eine Regelung der Arbeitszeit durchgeführt werden, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf die gesetzliche Gleichberechtigung erfordern.

Die Deutschen Gewerksvereine sind für diese Forderungen von jeher eingetreten. Sie haben für sie gewirkt, als man im Reichstage an die Regelung dieser Fragen noch nicht dachte. Auch in unsern sozialpolitischen Leitungen wird ausdrücklich die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die landwirtschaftlichen Arbeiter gefordert. Deshalb können wir uns auch heute auf den Boden jenes Antrages

stellen, der mit mehr Leidenschaft als Geschick vom Abg. Stadthagen vertreten wurde. Wohl wies dieser Redner mit Recht auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß allein in Preußen es nicht weniger als 19 verschiedene Gefindeordnungen gibt, von denen die älteste das Dienstbotenedit aus dem Herzogtum Lauenburg von 1772, die jüngste die hannoversche Gefindeordnung vom 10. Juli 1859 ist. Das bürgerliche Gesetzbuch habe an diesen unglaublichen Zuständen nichts geändert, so daß sie bis auf den heutigen Tag andauern. Mit Recht konnte sich der sozialdemokratische Redner auch auf den kaiserlichen Erlass vom Februar 1890 berufen, der, soweit er die ländlichen Arbeiter angeht, nach keiner Richtung hin erfüllt worden sei. Der nationalliberale Redner Abg. Kleye steht den Forderungen, wenn sie nach seiner Meinung auch lediglich agitatorische Zwecke verfolgen, nicht absolut ablehnend gegenüber. Auch er hält die Gefindeordnungen für veraltet und ihre Abschaffung für dringend geboten, namentlich da ihre Vorschriften überhaupt nicht mehr in Anwendung gebracht würden. Für ein Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter ist er nur, wenn es gewisse Kategorien hinsichtlich des Streiks enthält. Im übrigen gab der Redner eine überaus glänzende Schilderung von der Verbesserung des Loses der Landarbeiter. Die Wohnungen würden immer luxuriöser, sie hätten fast alle eine eigene Küche; bald gebe es auch Wasserlosetts. Der besondere Hinweis darauf, daß fast jede Wohnung eine eigene Küche hat, ist jedenfalls bezeichnend für die auf dem Lande herrschenden Zustände. Was die Einbeziehung der Landarbeiter in die Krankenversicherung anbelangt, so kann der Redner diese nur billigen.

Während der Vertreter der polnischen Fraktion dem sozialdemokratischen Antrage aus Billigkeitsgründen zustimmte, erhob der zur Wirtschaftlichen Vereinigung gehörende Abg. Stauffer lebhaften Widerspruch dagegen. Von einer reichsgesetzlichen Regelung dieser Materie will sein agrarisches Herz nichts wissen. In Süddeutschland bestche bereits das Koalitionsrecht der Landarbeiter; trotzdem denken diese gar nicht daran zu streiken. Eine merkwürdige Begründung! Wenn die süddeutschen Landarbeiter mit dem Koalitionsrecht keinen Mißbrauch treiben, so liegt doch kein triftiger Grund vor, dieses Recht, auf das die Arbeiter selbst so großes Gewicht legen, den norddeutschen vorzuenthalten.

Den einseitigen Ausführungen dieses Redners trat in überaus wirkungsvoller Weise der freisinnige Abg. Gothein entgegen. Daß der Landarbeiter schlechter gestellt ist als der Industrielle, könne ernstlich doch nicht bestritten werden. Wie widersinnig das Recht sei, unter dem er lebe, bewies schon die große Zahl der allein in Preußen geltenden Gefindeordnungen. Ein solcher Zustand sei unhaltbar, und deswegen müsse dem sozialdemokratischen Antrage zugestimmt werden. Treffend führte der Redner weiter aus, daß solange der Landarbeiter geringere Freiheiten hat als der Industriearbeiter, der Zug in die Großstädte bestehen bleiben werde. Mit der Gefindeordnung und dem Verweigern des Koalitionsrechts beseitigt man das nicht, sondern nur durch die Gewährung von freihändlerischen Gesetzen. Allerdings sei weiter erforderlich, daß die Großgrundbesitzer ihre Leute anständig behandeln und bezahlen und ihnen menschenwürdige Unterlunft geben. Diese Ausführungen riefen den

fastam bekannten Oberagrarier Dr. Hahn auf den Plan, der mit viel freiwilligem und unfreiwilligem Humor seine ablehnende Stellung gegen den vorliegenden Antrag begründete. In der Hauptsache richtete er seine Polemik gegen die Ausführungen Gotheins, die ihm naturgemäß am unangenehmsten waren. Namentlich dessen letzte Bemerkung, die Grundbesitzer sollten für anständige Wohnungen für ihre Arbeiter sorgen, hatten es dem agrarischen Heißsporn angetan und gaben ihm Veranlassung zu der Behauptung, daß die Landarbeiter gern „warm in engen Räumen“ säßen. Deshalb seien auch in Cabinen die Räume zu groß und zu wenig wohnlich gebaut.

Die letzte Bemerkung richtete sich gegen die Arbeiterwohnungen, die der Kaiser in Cabinen hat anlegen lassen und die ja in der Tat eines etwas luxuriösen Anstrichs nicht entbehren sollen. Daß solche Dinge den Agrariern ein Dorn im Auge sind, ist selbstverständlich. Im übrigen mußte die Rede Dr. Hahns den Eindruck erwecken, als wera sich der Herr nicht im Deutschen Reichstage, sondern als Clown in einem Zirkus fühlte.

Gegen die reichsgesetzliche Regelung der in dem Antrage angeregten Fragen sprach sich auch Dr. Höffel von der Reichspartei aus. Die ländlichen Arbeiter würden von dem Koalitionsrecht doch keinen Gebrauch machen; außerdem sei zu befürchten, daß durch die Sozialdemokraten die Koalitionsfreiheit in Koalitionsunfreiheit und Terrorismus umgewandelt würde. Eine im allgemeinen freundliche Haltung gegenüber dem Antrage nahm Namens des Zentrums der Abg. Herold ein, der sich für die Beseitigung der Bestrafung des Kontraktbruches, für die Gewährung des Koalitionsrechtes und die Einführung der Krankenversicherung für landwirtschaftliche Arbeiter aussprach, dagegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft für undurchführbar erklärte.

Damit schloß der Reigen der Redner. Die Debatte wurde vertagt, ohne daß ein Vertreter der Regierung das Wort ergriffen hätte. Es ist ja möglich, daß dies gelegentlich noch geschieht, wenn die Beratung zu Ende geführt wird. Indessen das lange Schweigen der Regierung scheint uns auch nach ihrer bisherigen Haltung kein günstiges Zeichen zu sein. Trotz alledem war es gut, daß diese Dinge wieder einmal im Reichstage zur Sprache gekommen sind. Erfreulich ist auch die Tatsache, daß die übergroße Mehrheit dem Antrage freundlich gegenübersteht und die Landarbeiter von den Ausnahmegeboten, unter denen sie zu leiden haben, zu befreien gewillt ist. Unter diesen Umständen muß es schließlich möglich sein, auch die Regierung von ihrem ablehnenden Standpunkte abzubringen. Voraussetzung dabei ist allerdings, daß die Parteien ihren Willen auch durchzusetzen entschlossen sind.

Die Unfallversicherung i. J. 1907.

Ueber die Zahl der Unfälle i. J. 1907 haben wir bereits in unserer Nr. 3 Mitteilung gemacht, so daß wir heute darüber hinweggehen können. Aber auch sonst enthalten die vom Reichsversicherungsamt aufgestellten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften mancherlei interessante Angaben. Danach gab es Versicherungsträger, Versicherte usw.

a) Auf Grund des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes: 64 Berufsgenossenschaften mit 652 889 Beiträgen und 8 641 802 durchschnittlich Versicherten; 68

staatlichen Ausführungsbehörden mit 567 535 durchschnittlich Versicherten.

b) Auf Grund des Versicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft: 48 Berufsgenossenschaften mit 4 710 401 Betrieben und 11 189 071 durchschnittlich Versicherten; 54 staatlichen Ausführungsbehörden mit 240 884 durchschnittlich Versicherten.

c) Auf Grund des Bauunfallversicherungsgesetzes: Eine Berufsgenossenschaft mit 18 027 Betrieben und 297 560 durchschnittlich Versicherten; 76 staatlichen Ausführungsbehörden mit 48 313 durchschnittlich Versicherten; 329 kommunalen Ausführungsbehörden mit 107 126 durchschnittlich Versicherten; 13 Versicherungsanstalten mit 79 605 Vollarbeitern.

d) Auf Grund des Seearbeitsversicherungsgesetzes: Eine Berufsgenossenschaft mit 1602 Betrieben und 79 005 durchschnittlich Versicherten; 13 staatlichen Ausführungsbehörden mit 731 durchschnittlich Versicherten; eine Versicherungsanstalt.

Die Gesamtzahl der Versicherten betrug bei den Berufsgenossenschaften 20 207 438, bei den Ausführungsbehörden 964 589, insgesamt 21 172 027 versicherte Personen. In dieser Ziffer dürfen rund 1 1/2 Million doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt waren.

Die gezahlten Entschädigungsbeträge betragen insgesamt 150 325 291,90 Mk. im Vorjahre 142 436 864,35 Mk.). Davon entfallen auf die Berufsgenossenschaften 136 425 688,34 Mk. (129 169 585,21 Mk.), Ausführungsbehörden 1195 406,20 Mk. (11 352 113,29 Mk.), Versicherungsanstalten der Bauwirtschaft, Tiefbau- und Seearbeitsgenossenschaften 1 945 537,36 Mk. (1 915 165,85 Mk.). Rechnet man zu dem obigen Gesamtbetrag die als Fürsorgekosten innerhalb der gesetzlichen Wartzeit gezahlten 765 245,66 Mk., so entfallen auf jeden Tag im Jahre 1907 rund 414 000 Mk. gezahlte Entschädigungen.

Die der Beitragsberechnung zugrunde gelegten Lohnsummen betragen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 8 410 136 305 Mk. bei einer Zahl von 9 018 867 durchschnittlich Versicherten oder 7 869 421 Vollarbeitern.

Die Unfallgefahr in den einzelnen Berufsgruppen ist aus folgender Zusammenfassung ersichtlich: Auf 1000ollarbeiter entfielen erstmalig entschädigte Unfälle im Bergbau 15,54, Steinbrüche 15,35, Lagererei, Fuhrwesen 14,60, Holzgewerbe 13,28, Binnenverkehr 13,26, Mälzerei, Brennerei, Brauerei usw. 12,10, Bauwesen 11,41, Eisen- und Stahlindustrie 11,29, staatliche Schiffahrt, Baggerrei, Fährerei 11,11, chemische Industrie 9,48, öffentliche (staatliche, provinzielle, kommunale) Baubetriebe 7,63, Metall-, Feinmechanik 7,10, Glas, Löfferei, Zigaretten 6,98, Staatseisenbahnen, Post, Telegraphie 6,92, Privatbahnen 6,55, Gas- und Wasserwerke 6,45, private Schiffahrt 6,22, Papier, Buchdruck 4,79, Nahrungsmittel, Fleischerei 4,76, Marine- und Heeresverwaltung 4,46, Leder, Bekleidung 3,84, Textilindustrie 3,00.

Die Gesamtausgabe betrug bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 140 547 598,70 Mk. (133 030 554,22 Mk.), bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 38 916 819,68 Mk. (37 877 491,54 Mk.); zusammen 179 464 418,38 Mk. Davon für Entschädigungen 137 182 277,10 Mk., für Unfalluntersuchung, Rechtsgang (Schiedsgerichte) und Unfallverhütung 8 517 248,85 Mk., in die Reservefonds 19 080 244,96 Mk., an Verwaltungskosten 14 684 645,47 Mk. An Verwaltungskosten entfallen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf einen Versicherten 1,09, je 1000 Mk. verdiente Löhne 1,17, einen Betrieb 14,59, einen gemeldeten Unfall 21,11 Mk. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf einen Versicherten 0,92, einen Betrieb 0,75, einen gemeldeten Unfall 25,02 Mk. Die Gesamtausgaben der 535 Ausführungsbehörden betragen 12 277 370,05 Mk., der 14 Versicherungsanstalten 2 594 088,63 Mk.

Am Schlusse des Rechnungsjahres betragen die angesammelten Bestände der Reservefonds bei den Berufsgenossenschaften 254 154 335,52 Mk.; dazu an rückständigen Einlagen 4 953 630,49 Mk. Die Versicherungsanstalten hatten einen Reservefonds von 1 348 301,76 Mk. An sonstigem Vermögen wiesen die Berufsgenossenschaften 37 745 698,19 Mk., die Versicherungsanstalten 12 124 992,95 Mk. auf.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. Januar 1909

Um Stellung zu nehmen gegen die höhere Besteuerung des Tabaks hat am Montag und Dienstag in Berlin ein allgemeiner Tabakarbeiter-Kongress stattgefunden, an dem für den Verband der Deutschen Gewerksvereine dessen Vorsitzender, Kollege Goldschmidt, und für den Gewerksverein der Zigarrenarbeiter die Kollegen Seiff und Stephan teilnahmen. Der christliche Verband der Tabakarbeiter hatte eine Beteiligung an dem Kongress abgelehnt. Mehrere Reichstagsabgeordnete waren erschienen. Von einer Einladung der Reichsregierung war abgesehen worden, da nach den gemachten Erfahrungen sie derselben

doch nicht Folge geleistet hätte. Herr v. Elm protestierte in seinem ausführlichen Referat energisch gegen jede Mehrbelastung des Tabaks und zwar lediglich im Interesse der Arbeiter, die mit vieler Mühe dazu gekommen sind, ihre Lebenshaltung etwas aufzubessern. Würde der Reichstag eine Steuererhöhung beschließen, so bringe er damit namenloses Unglück über die Tabakarbeiter.

Wirksamer als das Referat war die Berichterstattung der Delegierten aus den einzelnen Bezirken. Vertreter nicht allein aus der Zigarren- und Tabakbranche, sondern auch der Mitternader, der Buchbinder, der Lithographen, die alle unter einer Einschränkung des Tabakkonsums leiden würden, schützten in distinkten Farben das Glend, unter welchem ihre Berufsgenossen zu leiden haben und das noch weitentlich verstärkt werden würde, wenn die Steuerpläne der Regierung zur Annahme gelangten. Auch unter Verbandsvorsitzenden schloß sich dem Protest gegen die geplante neue Belastung der Tabakindustrie an und sprach den Wunsch aus, daß die Tabakarbeiter in ihrem Kampfe gegen die Regierungspläne nicht erlahmen mögen.

Zum Schluß gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der nicht nur gegen die Vollerbesteuerung, sondern gegen jede Erhöhung des Zolles auf ausländischen Rohstoff und der Inlandssteuer Stellung genommen wird. Bei jeder Mehrbelastung der Tabakindustrie würden Zehntausende von Arbeitern brotlos werden, und auch die in Arbeit verbleibenden Arbeiter müßten bei vermindelter Arbeitszeit arbeiten und könnten sich eines Lohnbruders, der durch das enorme Angebot von Arbeitskräften begünstigt würde, nicht entziehen. Und dann heißt es weiter:

Die Zollerhöhung von 1879 hat dazu geführt, daß die Arbeiter nicht imstande waren, sich die übrigen Arbeiter Deutschlands gleich auszumachen: Lohn für ihre gesundheitsschädliche Arbeit zu verdienen. Nach der Feststellung namentlicher gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug der Verdienst eines Vollarbeiters im Jahre 1906 1027,55 Mk. Dagegen erzielte in demselben Jahre der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters in der Zigarren- und Zigarrenindustrie nur die Höhe von 574,75 Mk. Von dem Lohn der letzten Hofkammer haben die Tabakarbeiter wenig zu kosten bekommen. Für das Jahr 1900 betrug nämlich der Durchschnittsverdienst eines Vollarbeiters im allgemeinen 896,59 Mk., der Durchschnittsverdienst eines Tabakarbeiters 541,8 Mk. Während sich in der Periode der Hofkammer der Verdienst der Durchschnittsverdienst im allgemeinen um 131 Mk. pro Arbeiter steigerte, stieg er bei den Tabakarbeitern nur um 33 Mk. und 67 Pfennige.

Bei der so außerordentlich trüben Gewerbeverhältnissen der Tabakarbeiter, vor allem angesichts der in der Zigarrenindustrie so zahlreich beschäftigten Krüppel und schwächlichen Personen, ist in keiner anderen Industrie Arbeit finden könnten, würde es geradezu eine grausame Arbeit sein, wenn der Reichstag durch Zustimmung zur Vollerbesteuerung oder irgendeiner anderen Zoll- und Steuererhöhung anbauend eine große Arbeitslosigkeit für einen Arbeiter herbeiführen und damit zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Gewerbeverhältnisse beitragen würde. Der deutsche Tabakarbeiterkongress erwartet aus den hier angeführten Gründen, daß der deutsche Reichstag nicht nur die Regierungsvorlage, sondern jeglichen Vorschlag auf eine Mehrbelastung der Industrie durch erhöhte Zölle oder Steuern ablehnen wird.

Schließlich rühte der deutsche Tabakarbeiterkongress an die deutsche Reichsregierung, an den Bundesrat und an den Reichstag das folgende Ersuchen, im Interesse der in der Industrie beschäftigten 200 000 Arbeiter die Tabakindustrie vor fortgesetzten Beanspruchungen durch immer neue Steuerobjekte zu bewahren.

Der deutsche Tabakarbeiterkongress protestiert auch entschieden dagegen, daß die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter, die zu dem mit der Besteuerung entlasteten Arbeiter gehören, noch neben den direkten und indirekten Steuern, durch welche sie verhältnismäßig in gleicher Weise zur Erhaltung des Reiches beitragen wie alle übrigen Reichsangehörigen, auch noch darüber hinaus das Opfer der Erbschaft bringen sollen.

Die Parlamentarier, welche der Laugung beizuwohnen, werden sicherlich den Eindruck gewonnen haben, daß die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter unter einer höheren Besteuerung schwer leiden müßten. Sie müssen deswegen alles aufbieten, um eine Höherbesteuerung des Tabaks zu verhindern.

Hoffentlich verhält dieser Protest des Tabakarbeiterkongresses nicht ungehört beim Reichstag. Von der Regierung ist hier nichts zu erwarten; um so energischer müssen alle diejenigen, die sich als wahre Freunde des Volkes bekennen, gegen die geplanten Tabaksteuern Front machen.

Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge kam in diesen Tagen gelegentlich der Beratung des Etats des Reichsjustizministeriums im Reichstage wieder zur Sprache. Von verschiedenen Rednern wurde der Staatssekretär Dr. Nieberding über den Stand dieser Angelegenheit befragt. Namentlich der nationalliberale Abg. Dr. Zund befragte die Frage der Tarifverträge sehr eingehend, für deren Sicherung und Ausgestaltung

er gewisse Besorgnisse hegte. Auch für die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine brach dieser Volksvertreter eine Lanze. Die Antwort des Staatssekretärs ging dahin, daß die Reichsregierung erstlich mit der Regelung der Tarifverträge beschäftigt ist. Die Angelegenheit sei dem Staatsamt des Innern überwiesen worden und werde jedenfalls ihrer baldigen Erledigung entgegen.

Zo erfreulich an und für sich die Tatsache ist, daß man den Tarifverträgen eine gesetzliche Grundlage geben will, so unerfreulich ist es, daß die Frage so lange Zeit in Anspruch nimmt. Gewiß, über das Neue brechen läßt sich eine solche Materie nicht. Ihre Regelung ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß bereits im Februar vorigen Jahres derselbe Dr. Nieberding erklärte, daß die Regierung sich mit der Sache beschäftigte. Innerhalb eines Jahres, sollte man meinen, müßte der Weg gefunden sein, wie man zu dem gesteckten Ziele gelangen kann. Denzuzunehmen aber, die noch immer von einem Automobiltempo in unierer sozialpolitischen Gesetzgebung reden, möge man gelegentlich diese Angelegenheit vor Augen führen.

Von neuen Angriffen auf das Qualifikationsrecht der Angestellten, die in Derselben unternehmen worden sind, macht der Bund der technisch-industriellen Beamten Mitteilung. Danach hat schon im Jahre 1907 der Berg- und Sittennämliche Verein ein Rundschreiben an die angestellten Werke erlassen, in dem er dazu aufforderte, ihre Beamten von sozialen Berufsvereinen fernzuhalten. Der Bund der technisch-industriellen Beamten, der durch dieses Rundschreiben in erster Linie bedroht war, veranfaßte damals in Kattowitz eine machtvolle Kundgebung. Seitdem hat man von Beeinträchtigungen der Vereinigungsfreiheit der Angestellten längere Zeit nichts gehört. Nun aber scheint sich das Blatt wieder wenden zu wollen, denn, wie dem Bunde mitgeteilt worden ist, ist einem technischen Grubenbeamten von der Giesche-Grube in Schoppinik einseitig entlassen worden, weil er sich als Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten betätigt hat. Der Betroffene sowohl wie die vereinigten obersteinsten Ortsgruppen des Bundes haben nun Verzüge gemacht, diesen Schritt, der ohne Zweifel von allen Angestellten als eine Maßregelung aufgefaßt werden muß, durch Vorstellungen zunächst bei dem Direktor der Giesche-Grube, dann bei der Generaldirektion und schließlich bei dem Repräsentanten-Kollegium der Giesche-Grube rückgängig zu machen; aber sie fanden nicht einmal mit ihrer Bitte um mündliche Verhandlung Gehör. Während also der Bund der technisch-industriellen Beamten sich ernstlich bemüht hat, die Differenzen in lokaler Weise aus der Welt zu schaffen, hat sich die Giesche-Grube Schroff auf den einseitigen Standpunkt des Herrn im Hause gestellt.

Das Verhalten der Grubenverwaltung findet natürlich unsere schärfste Verurteilung und zeigt von neuem, wie bitter nur die Sicherung des Qualifikationsrechts tut. Andererseits aber gibt der Vorgang den technischen Beamten, den sogenannten Stehfragenproletariern, wiederum einen Fingerzeig, daß sie unter genau denselben Umständen zu leiden haben, wie die einfachen Arbeiter, mit denen sie daher Schulter an Schulter zu kämpfen haben.

Arbeiterbewegung. Bei der Firma Gubisch in Liegnitz ist es zum Streik gekommen. Näheres darüber finden die Leser unter der Notiz aus Liegnitz. — Eine lebhafteste Bewegung ist im Schneidergewerbe im Gange. Wie wird dem „Beridsterkatter“, dem Organ des Gewerksvereins der Deutschen Schneider, entnehmen, sind an zahlreichen Orten, wie in Allenstein, Köthen, Elbing, Essen a. d. Ruhr, Braunsberg, Halle, Heidelberg, Liegnitz, Neudlinburg, Thorn und Weisensfeld a. S. von den dortigen Ortsvereinen neue Forderungen gestellt worden. — In Berlin streiken in der Schuhwarenfabrik von Rosenberg die Arbeiter, weil man ihnen schon seit geraumer Zeit fortdauernd Abzüge an den Löhnen zu machen versucht.

In Karlsruhe befinden sich schon seit November vorigen Jahres die Bauarbeiter im Streik. In den letzten Tagen ist es zu beständigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Ausständigen gekommen, wobei es nicht ohne Verletzungen abgegangen ist. — Seit einigen Tagen befinden sich in New York 15 000 Futurbeiter in Ausstände, weil die Arbeitgeber ihnen die Erlaubnis verweigern, an den von ihnen bereitgestellten Waren die Verbandsmarken anzubringen.

Terrorismus. In seiner Dienstags-Nummer veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Brief, den ein Stütcher in Regnitz von seinem Arbeitgeber, einem Expediteur, erhalten hat. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Hiermit kündige ich Ihnen die bei mir innegehabte Anstellung für den 25. Dezember d. J. auf Grund des Tragens der königlichen Eisenbahninspektion, hier.

Die Angelegenheit ist im Expeditorenverein vorgetragen worden, nun können Sie insoweit bei keinem hiesigen Expeditoren mehr angestellt werden.

Die Königl. Eisenbahninspektion also übt einen Druck aus auf den Arbeitgeber, daß er einen ihr aus irgend einem Grunde mißliebigen Arbeiter entläßt. Na, noch mehr! Es ist sogar dafür georgert worden, daß der betreffende Arbeiter bei keinem anderen Expeditoren am Orte mehr Arbeit bekommen darf. Welche Gründe auch für das Verhalten der Eisenbahninspektion maßgebend gewesen sind — wahrscheinlich sind es politische oder gewerkschaftliche —, es verdient auf alle Fälle die schärfste Verurteilung. Die Behörde geht es gar nichts an, welche Arbeiter ein von ihr in Anspruch genommener Unternehmer beschäftigt. Es ist wahrlich schlimm genug, daß die Eisenbahnverwaltung unter ihren Arbeitern eine Auslese vornimmt nach der Gefinnung; da sollte sie wenigstens vor den Privatbetrieben Halt machen.

Dem „Vorwärts“ freilich sprechen wir unter allen Umständen das Recht ab, sich über derartige Vorkommnisse zu entrichten. Wer, wie gerade dieses Blatt, den Terrorismus gegen Andersdenkende jeden Tag in der rücksichtslichsten Form predigt, der hat das Recht verwirrt, sich deswegen über andere zu beschweren.

Die gelbe Gewerkschaften geachtet werden, jetzt sojogender Vorgang, der sich bei der Firma Joliet Schmelz in Berlin, Mühlentstraße 11, zugeht. Dasselbe sind etwa 55 Arbeiter und 300 Arbeiterinnen beschäftigt, von denen rund neun Zehntel im Zentralverband der Sandels- und Transportarbeiter organisiert sind. Im vorigen Jahre sollte der Tarif bei der Firma gekündigt werden; leider aber hatte die Leitung des Zentralverbandes es verstanden, insoweit herrschte unter den Beschäftigten eine starke Mißstimmung gegen den Zentralverband, die sich der Arbeitgeber zunutze zu machen verstand, indem er die Arbeiter und Arbeiterinnen zusammenrief und ihnen die Vorteile eines „Unterstützungsvereins“ vorführte. Gleichzeitig versprach er auch Sonnabends um 5 Uhr Feiertag sowie eine Lohnzulage, wenn sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nur durch Unterschrift zum Beitritt verpflichteten. Wie gedacht, so getan! Die Vertrauensmänner des Zentralverbandes der Sandels- und Transportarbeiter legten fleißig mit Sand ans Werk und waren die ersten, die ihre Unterschrift hergaben. Als unsere Kollegen vom Gewerbeverein der Fabrik- und Sandarbeiter sie darauf aufmerksam machten, daß es sich doch nur um einen gelben Verband handle, erklärten dieselben: „Ach, was haben wir denn vom Zentralverband! Der vertritt ja unsere Interessen doch nicht.“ Kein Wunder, daß unter diesen Umständen fast alle Beschäftigten die Unterschrift hergaben, mit Ausnahme der Kollegen vom Gewerbeverein der Fabrik- und Sandarbeiter. Dieselben setzten vielmehr durch den Bezirksbeamten Kollegen Bredde sofort die Leitung des Zentralverbandes in Kenntnis, die von den Vorgesetzten noch nichts wußte und die Sache unterhalten wollte. Es wurde dann auch sofort vom Zentralverband eine Vertrauensmännerkonferenz einberufen, wer aber nicht kam, waren die Herren Vertrauensmänner. Somit war alle Mühe vergebens, und ein neuer Verein der Gelben ist ins Leben getreten. Man sieht aber hieraus wieder einmal deutlich, wer Schuld an der Entstehung der Gelben hat, nicht die Kirch-Dunderliden, sondern die Verbände. Denn wie in diesem Falle, ist es auch anderswo.

Triebe im englischen Schiffbauergewerbe. Es ist noch nicht lange her, da tobte in der englischen Schiffbauindustrie ein gewaltiger Kampf, unter dem Unternehmer wie Arbeiter gleich schwer zu leiden hatten. Er hat sich aber erwiesen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, doch stets das Gute schafft. Denn zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ist es zum Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages gekommen, der Arbeitskämpfe wenn auch nicht unmöglich, so doch zu den Seltenheiten machen muß. Dem Verträge liegt nämlich der Gedanke zugrunde, daß kein Streik und keine Ausperrung vorgenommen werden darf, bevor nicht alle Mittel, die zu einem friedlichen Beilegen führen können, erschöpft

sind. Der Kampf ist also zwar nicht gänzlich ausgeschaltet, aber er wird als die letzte Waffe angesehen, zu der nur gegriffen werden darf, wenn alle anderen Mittel sich als wirkungslos erwiesen haben.

Das Verfahren ist derartig gedacht, daß, wenn Streitigkeiten ausbrechen, gemeinschaftliche Konferenzen einberufen werden. Führen diese Konferenzen zu keinem Ergebnis, so wird eine Zentralkonferenz abgehalten. Während dieser ganzen Zeit, wo die Verhandlungen schweben, muß die Arbeit fortgesetzt werden. Nun kann es auch vorkommen, daß eine solche Zentralkonferenz resultatlos verläuft. In diesem Falle soll die „große Konferenz“, ein höchstes Gericht, einberufen werden, in welchem die Gesamtheit der Arbeitgeber und sämtliche Trade-Unions, mit welchen der Vertrag abgeschlossen ist, vertreten sein müssen.

Es ist bei solchen gemeinsamen Verhandlungen so gut wie ausgeschlossen, daß eine örtliche Differenz zu einem unzufriedenen Kampfe führen kann. Vorgegeben ist in dem Verträge auch eine Bestimmung, daß Lohnänderungen, die auf allgemeine Verhältnisse im Schiffbauergewerbe zurückzuführen sind, zugleich in der ganzen Industrie vorgenommen werden müssen.

Wir erblicken in diesem Verträge, dessen Tendenz vollkommen den von unserer Organisation vertretenen Grundansichtungen entspricht, einen wesentlichen Fortschritt und hegen den dringenden Wunsch, daß derartige Verträge auch bei uns zum Abschluß gelangen möchten. Leider steht gerade unsere Großindustrie dem Tarifgedanken noch feindlich gegenüber. Hoffen wir, daß die Zeit nicht mehr allzu fern ist, in der unsere Großunternehmer dasselbe soziale Verständnis bekommen, von dem die Engländer längst besetzt sind. Der deutschen Industrie könnte damit nur gedient werden.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

Ortsverband Geislingen a. d. Steig.
Das Jahr 1908 war hier eines der unglücklichsten für die Gewerkschaften bzw. für den Ortsverband. Abgehalten wurden 4 Ausschusssitzungen und 4 Versammlungen; die Versammlungen waren nur mäßig besucht. Es mag daran der neue Geschäftsjahr Schuld sein, welcher besonders in der Württembergischen Metallwarenfabrik gleich am Anfang des Jahres eintrat, so daß größere Arbeiterentlassungen stattfanden. Gegen Ende des Jahres ging das Geschäft wieder besser, so daß mit Überflüssen gearbeitet wurde und wir von einer Eingabe an die Gemeindeförderung, Notstandsarbeiten betreffend, Abstand nahmen. In der Maschinenfabrik wurde allerdings die Arbeitszeit auf acht Stunden vergrößert, Arbeiterentlassungen fanden jedoch nicht statt. Auch auf die Absendung einer Eingabe, wegen der Auslösung von Kollegen zu Schiffen und Schworenen, wurde verzichtet, da bei uns schon länger dem Arbeiterverband angehörige Personen zur Auslösung kommen und auch für das Jahr 1909 ein Mitglied des Ortsvereins der Maschinenbauer Geislingen als Schöffe angelost wurde. In der Versammlung im November wurde auf Anregung des Kollegen Wenzel beschlossen, nach Kräften dafür einzutreten, daß wieder ein Ortsverein der Holzarbeiter zustande kommt. Jedoch werden wir uns damit bis zum Frühjahr gebulden müssen, hoffen aber, daß dieses Vorhaben und noch weitere erfolgreich sein werden, überhaupt, daß das Jahr 1909 wieder einen günstigeren Verlauf nimmt.
J. Hüth, Schriftführer.

Ortsverband Königsberg i. Pr.
Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 7 Ausschusssitzungen, 2 kombinierten Sitzungen und 3 Verbandsversammlungen. In den Versammlungen wurden belehrende Vorträge gehalten. Am 7. Februar sprach Herr C. Schumacher vorst. über das Thema: „Weshalb müssen sich die Arbeiter am öffentlichen Leben beteiligen?“ am 23. August Kollege Mroczkowski. Dazwischen über „Die Stellung der Gewerkschaften zum öffentlichen Leben“. Der Vorsitzende Hermann sprach über „Zweck und Ziele der Sozialpolitik für Soziale Reform“, da der Ortsverband derselben als korporativem Mitglied angehört. Der Ortsverband hat sich mit einer Eingabe an den Magistrat gewandt und besch. Iben ersucht, daß bei der Aufstellung der Listen zu Schöffen und Schworen auch Arbeiter herangezogen werden möchten, welches auch geschehen ist. Es sind 4 Gewerkschaftsmitglieder angelost. Eine weitere Eingabe wurde an den Magistrat gerichtet, die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zu beschleunigen und Arbeitsstellen, welche für später vorgesehen sind, schon jetzt vorzunehmen, da durch die im letzten Jahre sehr schwere Bauwirtschaft ein großer Notstand eingetreten ist. Sonst war im allgemeinen die Beschäftigung in den hiesigen Fabriken und sonstigen gewerblichen Anlagen noch eine normale zu nennen.
An den von der Freien Studentenschaft (freien Studentischen Vereinigung) veranstalteten Arbeiterunterstützungskursen haben sich recht viele Mitglieder beteiligt. Ebenso war die Beteiligung an dem vom Philharmonischen Verein gegebenen volkstümlichen Konzerten eine rege.
Bisher ist es leider noch nicht gelungen, Verbandsmitglieder in das Stadtparlament zu bringen; es soll aber weiter gearbeitet werden, und der Verband wird nicht eher ruhen, bis er dieses Ziel erreicht hat.
Obgleich der Ortsverbandsvorstand sich die größte Mühe gegeben hat und besonders der Vorsitzende Kollege

Hermann sich aufgeopfert hat, ist es nicht gelungen, neue Vereine zu gründen. Wohl aber haben eine Zunahme an Mitgliedern die Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter und Fabrik- und Handarbeiter zu verzeichnen. Hoffen wir, daß das neue Jahr und der neue Ausbruch des Verbandes vorwärts bringen und stärken und vor allem die Mitglieder bestrebt sein werden, zahlreicher die Versammlungen zu besuchen.
H. Hoffmann, Schriftführer.

Ortsverband Leopoldshall Staßfurt.
Unser Ortsverband besteht aus 6 Ortsvereinen mit ungefähr 300 Mitgliedern. Die laufenden Geschäfte wurden in 5 Versammlungen und 4 Vorstandssitzungen erledigt. Von den Magdeburger Kollegen ging der Gedanke aus, einen erweiterten Ortsverband zu gründen. Wir konnten uns aber nicht entschließen, darauf einzugehen, denn wir haben vor Jahren in diesen Dingen trübe Erfahrungen gemacht. Im weiteren ging uns von den Dessauer Kollegen ein Schreiben zu, bei der Gründung eines Arbeiter-Sekretariats mitanzusehen, was aber auch abgelehrt werden mußte. Beim Streik der Maurer und Baubildhauer waren von unserem Ortsverband mehrere Kollegen beteiligt. Auf die vom geschäftsführenden Ausschuss gegebene Anregung, wegen der Auslösung von Schworenen und Schöffen einzutreten, hatten wir den Erfolg zu verzeichnen, daß vom Staatsrat Amtsgericht zwei und vom Bernburger Amtsgericht zwei Kollegen ausgelost wurden. Betreffend Arbeitslosigkeit hatten wir an den Magistrat von Staßfurt, Leopoldshall und Ederburg ein Schreiben gesandt. Der Magistrat in Staßfurt antwortete, daß unsere Wünschen bei eintretenden Fällen (sowie wie möglich Rechnung getragen werden soll. Der Magistrat von Leopoldshall gab uns bekannt, daß nach Umfrage auf verschiedene Werken keine Arbeitslosigkeit vorhanden sei und voraussichtlich auch nicht eintreten werde. Von Ederburg haben wir keine Antwort erhalten. Die Arbeitslosigkeit dort ist nicht groß. Die Werke haben räumlich Feierstunden und auch kurze Arbeitszeit eingeführt, so daß der Verdienst schwach ist. Des weiteren ist zu erwähnen, daß Landtagsabgeordneter Pastor Baumeister einen Vortrag hielt, über den schon berichtet worden ist. Zum Schluß möchte ich, daß das neue Jahr für unsere Bewegung ein erfolgreiches wird.
G. Ullrecht, Ortsverbands-Schriftführer.

Ortsverband Stettin und Umgegend.
Das Jahr 1908 war für uns ein Jahr tatkräftiger Arbeit, und wir können wohl mit Recht sagen, ein Jahr wie es in Stettin noch nicht erlebt haben. Erstlig: Kämpfe mit den Gegnern, Ausperrungen gaben unserer Bewegung hier am Orte das Gepräge.
Die Geschäfte wurden erledigt in 4 ordentlichen, 2 außerordentlichen und 3 öffentlichen Versammlungen, 6 kombinierten Sitzungen, 12 Bureau- und 6 Vertreter-Sitzungen. Neue Vereine wurden nicht gegründet; nur der zum Gewerbeverein der Maschinenbauer gehörende Ortsverein in Pommernsdorf wurde ein Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter, da die Mitglieder nur aus Arbeitern der Gemischtwaren Fabrik bestanden. Am Anfang des Jahres wurde eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, was die Einführung der Proportionalwahl zum Gewerbegebiet. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Wahl verlagert. Ferner wurde die Zittungsbefugnis in mehreren Sitzungen debattiert, aber als vorläufig unbeschäftigt abgelehnt.
Im April hatten wir eine Ausperrung von 60 pSt. der auf den hiesigen Werken beschäftigten Arbeiter und im August die vierwöchentliche Stilllegung des „Balkan“ und eine teilweise Ausperrung der anderen Betriebe Stettins. In der öffentlichen Versammlung im August sprach der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Goldschmidt über „Die Maßnahmen des Balkan“. In der ganzen Zeit der Bewegung hat uns der Kollege Wolf, Bezirksbeamter der Maschinenbauer, tatkräftig zur Seite gestanden. Die Bewegung selbst hat für unseren Verband gute Erfolge gehabt, denn wir haben um über 700 Mitglieder zugenommen.
Im August wurde an den Magistrat ein Gesuch eingereicht, bei der Auslösung von Schöffen und Schworen die Gewerkschaften zu berücksichtigen. Wir haben auch die Genehmigung, daß 6 Kollegen zu Schöffen berufen worden sind. Im September hatten wir eine öffentliche Versammlung, die sehr tumultuarisch verlief, da die „Genossen“ die Wahrheit nicht hören wollten. Im Oktober fand ein Vortrag von einem Schiffbau-Ingenieur statt und eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Goldschmidt über das Koalitionsrecht sprach, welches die Direktoren der Parteilicheater der Internationalen Arbeiter-Liga gegen über verlegt hatten, weshalb diese sich an die Gewerkschaften um Schutz gewandt hatte. Die Differenzen wurden im Anfang Dezember zugunsten der Arbeiter beseitigt. Am 6. Dezember tagte hier die Bezirkskonferenz der Ortsverbände. Referent war Verbandssekretär Kollege Klein. Die Beschäftigt wurde geglä. durch ein Stiftungsfest und die Feier des 40-jährigen Bestehens der Deutschen Gewerkschaften. Am Schluß des Jahres wurde vom Ortsverband eine Schlichtungsabteilung gegründet, um den Mitgliedern auch in dieser Hinsicht gerecht zu werden und das Zusammengedrigkeitsgefühl zu heben.
So haben wir getan, was in unseren Kräften stand. Leider haben wir oft zu klagen gehabt über die Unfähigkeit der Mitglieder im Besuch der Verbandsversammlungen und sonstigen Veranstaltungen. Hoffentlich ändert sich dies im neuen Jahre. Von selten des Ortsverbandsvorstandes ist nichts unterlassen worden, für Ausbreitung unserer Ideen Sorge zu tragen. Wir ersuchen auch die Ortsvereinsvorstände recht dringend, ihre Mitglieder anzupörnen, die Versammlungen zahlreich zu besuchen, um in Einigkeit und Treue die Ideale unserer Organisation verwirklichen zu helfen.
Gustav Wilmann, Ortsverbands-Schriftführer.

Gewerkevereins-Zeitung

§ Erlangen. Am 10. Januar hielt im hiesigen Ortsverbande der Kollege Grilling-Nürnberg einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Krise und welche Lehren ziehen wir daraus“. Ausgehend von der Entstehung und Ursache der jetzt noch anhaltenden Krise verbreitete sich der Referent an der Hand von statistischem Material über die Lage des Arbeitsmarktes in Bayern und schilderte, wie ungünstig dieselbe zurzeit ist. Nur in der Textilindustrie, sowie in der Papier- und Lederfabrikation sei genügend Beschäftigung vorhanden. Da nun aber mit der Krise auch Rot und Elend in so mancher Arbeiterfamilie eingezogen sei, so führte Redner den Anwesenden so recht vor Augen, daß hier nur die Organisation mit ihren Unterstützungseinrichtungen imstande sei, dieselbe zu lindern. Er hob besonders hervor, daß die Lehren unserer Dr. Max Hirsch, den Arbeiter in allen Notlagen des Lebens zu schützen, durch die Organisation sich glänzend bewährt habe, und alle Organisationsrichtungen hätten, ob sie wollten oder nicht, die Unterstützungseinrichtungen der Deutschen Gewerkevereine als musterhaft anerkannt, indem sie dieselben nachahmten. Sodann ging der Vortragende auf die Einführung der Arbeitslosenversicherung in Bayern ein und sprach die Hoffnung aus, daß hier etwas Spätrichtliches für die Organisation sowie die gesamte Arbeiterklasse herauskommen möge. Auch erwähnte Kollege Grilling die verschiedenen, schon zur Einführung gelangten Systeme von Arbeitslosenversicherungen der einzelnen Städte; jedoch habe sich das sogenannte Genter System von allen als das beste und daher auch als das empfehlenswerteste bewährt. Mit einem Appell an die Anwesenden, nicht denn bisher an dem Ausbau der Deutschen Gewerkevereine mitzuhelfen, da durch sie die gefundenen Grundzüge und Anschauungen derselben in das noch große Meer der indifferenten Arbeiter tragen und somit dieselben für uns zu gewinnen suchen, schloß Redner seine vortrefflichen Ausführungen unter lang anhaltendem Beifall. Die nun einsetzende Diskussion, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, zeigte so recht, welchen Eindruck der Vortrag auf die Zuhörer gemacht hatte, denn alle Diskussionsredner waren mit dem Gehörten einverstanden und vortrugen mehr denn je für die Verbreitung der Deutschen Gewerkevereine eintreten zu wollen. Zudem nun Kollege Grilling in seinem Schlußwort mehrere an ihn gerichtete Fragen beantwortete, glaubte er sagen zu können, daß alle Anwesenden davon überzeugt seien, daß nur die Organisation imstande sei, die Arbeiter vor Rot und Elend, welche eine logische Folge der Arbeitslosigkeit sind, wirksam zu schützen zu können.

§ Regnitz. In den Maschinenwerken von Gubisch mußten die Arbeiter in einen Streik eintreten. Die Firma kündigte nämlich ohne vorherige Bekanntmachung und Rücksprache mit dem Arbeiterausschuß an, daß sie einen 5-prozentigen Abzug von der Gesamtlohnung verlange, und zwar sollte dies in der Weise geschehen, daß dieser Abzug für den gesamten Betrieb auf die Affordarbeiter (Schlosser, Dreher und Maschinenarbeiter) abgewälzt würde, so daß schließlich diese nicht mit 5 pSt., sondern vielmehr mit einem weit höheren Abzug, bis zu 25 und 30 pSt., zu rechnen hätten. Ein solcher Abzug konnte nicht getragen werden, er wurde abgelehnt und dafür der Firma nachsehendes Anerbieten gemacht:

Die Arbeiter sind bereit auf der Grundlage des alten Tarifs einen Abzug von 5 pSt. des Affordverdienstes zu akzeptieren. Ausgeschlossen von diesem Abzug sind die nach Abschluß des alten Tarifs neu kalkulierten Arbeiten. Wenn die Firma diesen Vorschlag nicht annimmt, so sind die Arbeiter zu weiteren Verhandlungen bereit und zwar auf der Grundlage, daß die Firma vor Aufnahme der Arbeit gemeinsam mit der Verhandlungskommission die von ihr auf die Arbeiten jetzt neu kalkulierten Preise durchgeht. Die Verhandlungskommission wird

dann diese neuen Preise der Arbeiterschaft vorlegen und der Firma von dem Beschlusse der Arbeiter Bericht erstatten. Diese Vorschläge wurden von der Firma abgelehnt, vielmehr verlangt, daß sich die Arbeiter zunächst schriftlich zu dem 5-prozentigen Abzug verpflichten, die Arbeit aufnehmen, dann wolle die Firma festlegen, wie sie sich die Abzüge für die einzelnen Arbeiten und Maschinen denke. Eine solche Forderung konnte von den Arbeitern selbstverständlich nicht angenommen werden; denn damit wäre jeder Willkür bei der Preisfestlegung Tür und Tor geöffnet worden, und so wurde von 43 Anwesenden mit 43 Stimmen beschloffen, lieber den Kampf aufzunehmen und in den Streik einzutreten.

Die Führung liegt in den Händen unseres Gewerkevereins der Maschinenbauer, und es ist sicher zu hoffen, daß die Einmütigkeit der Ausständigen ihnen auch den gewünschten Erfolg bringt. Erwähnt sei noch, daß die Firma deshalb den ganzen Abzug den Affordarbeitern aufhalsen will, weil an den Wänden auch der fündigste Kopf nichts mehr zum Abziehen herauskriegen kann. Diese sind auf einem so niedrigen Niveau angelangt, daß sie kaum zur Bestreitung des Notwendigsten zum Lebensunterhalt reichen. Bis auf weiteres ist der Zugang ferngehalten.

§ Petersdorf i. M. Am 27. Dezember fand hier eine gut besuchte Verbanderversammlung statt, welche der Vorsitzende, Kollege Fornig, mit Worten ehrenden Andenkens an den verstorbenen Kollegen Ulrich zu Petersdorf eröffnete. Nach Verlesung der Protokolle und des Tätigkeitsberichts folgte der Jahresbericht und der Jahresabschluss des Kassierers, dem für seine gewissenhafte Tätigkeit der Dank der Versammlung abgestattet wurde. In den Vorstand wurden die bisherigen Kollegen einstimmig wiedergewählt. Für den Kassierer Kollegen Julius Hallmann, der nach drei Jahren treuer Pflichterfüllung eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Horst-Petersdorf gewählt. In die Vorstandswahl schloß sich eine sehr rege Diskussion über verschiedene Vereinsangelegenheiten, die sicherlich ihre Erfolge zeitigen werden.

Reider hatte der zum Ortsverbande gehörende Ortsverein Petersdorf schwere Verluste im vergangenen Jahre durch den Tod zu erleiden. Nicht weniger als vier Kollegen sind verstorben, wodurch auch in unseren Ortsverband eine große Lücke gerissen worden ist. Die Verstorbenen waren treue Gewerkevereinskollegen, so daß ihnen ein ehrendes Andenken bewahrt werden wird.

C. Krebs, Ortsverbandschriftführer.

Verbands-Zeitung

Bekanntmachung.

An die Ortsverbands-Vorstände!

Bis zum 20. Januar d. J. sollten die Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 1909 dem geschäftsführenden Ausschuss gemeldet sein. Zum Zweck der Anmeldung ist jedem Ortsverband ein diesbezügliches Formular zugefandt worden.

Eine Durchsicht der eingegangenen Meldungen läßt erkennen, daß eine große Anzahl der Ortsverbände die ausgefüllten Formulare noch nicht eingefandt hat. Wir erinnern an die Einsendung und eruchen um baldmöglichste Anmeldung der Adressen der Vorstandsmitglieder, damit jede Störung im Verkehr mit den Ortsverbänden vermieden wird.

Jeder Vorliegender frage den Schriftführer des Ortsverbandes,

ob die Anmeldung des Vorstandes beim geschäftsführenden Ausschuss erfolgt ist!

Mit Gewerkevereinsgruß!
Der geschäftsführende Ausschuss.
F. Neustedt, Verbands-Sekretär.

Veranstaltungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/228. Mittwoch, 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen Erkelenz über: „Soziale Kämpfe im Mittelalter“. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerkevereins-Liebertafel (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9 bis 11 Uhr, Uebungshunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub Soabitt.** Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Kadau, Waldstraße 53. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** 23. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Aufschüßigung bei Kurte, Triftstraße 63. Am Mittwoch, 27. Januar, abds. 8 Uhr, Versammlung mit Damen bei Kunze, Triftstraße 63. Vortrag: „Die gewerbliche Frauenarbeit eine Schädigung der Nation!“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Die Ortsversammlung fällt aus. 3. und 4. abends bei Dzw. Berliner, Brunnenstr. 143 I (kleines Zimmer), am Sonnabend, 23. Januar, abds. 8 Uhr, Einziehung der Bücher aus der Ortsvereinsbibliothek. — **Büchhaner.** Montag, 25. Januar, abds. 9 Uhr, Versammlung, Dresdenerstraße 10 bei Preuß.

Leipzig. Deutsche Handelskammerarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Lindenau, Eigenstraße, statt. — **Ortsverein Linden.** Sonnabend, 23. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung, im „Braunen Hirsche“. Am 24. Januar, vormittags 10 Uhr, Vertrauensmannprüfung dafelbst.

Orts- und Bezirksverbände.

Berlin (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Witz Schulte-Rattler, Diskussionsstunde. — **Nachem (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Leuchter, Ecke Hansemannplatz u. Zülchstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poolstr., Diskussionsstunde. **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderstr. 28, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Braunenburg a. S. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen a. M. (Distriktsklub).** Jezt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstrassen-Ecke. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Eiferstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Baeum, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskussionsstunde bei B. Eisenburger, Bankeimerstraße. — **Mühlheim-Nauro (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterprüfung beim Wirt Joh. Wöber, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Uebungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stammbezogene Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Lüdenscheid (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsstunde im lokale des Herrn Feinger.

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

Weltanschauung und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkssfreunde.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfaben für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbands-kassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/28 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

Rein Ambulatorium für Chirurgie und orthopädische Chirurgie befindet sich seit 1. Januar 86. J. nicht mehr Alexanderstraße 36. A, sondern Neue Königstr. 3 am Königspl. Sprechstunden: 11-1, Sonntags 10-11. Poliklinik 1/21-11 Uhr.

Fideltas.

Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenen, Compiete mit Musik, Kom. Vorzüge u. dgl. Monatl. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.

Fahnen, Vereinsabzeichen.

Schäpencz. a. schönsten und billigsten bei Th. Herkop, Oppeln.

Eisenach u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbands-kassierer Edmund Hartmann, Eisenach, Miesenstr. 18.

Magdeburg (Handwerker). 75 Pfennig bei E. Schröder, Katharinenstraße 2/3 II.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Zeitschrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl I. Bahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg. Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160x280 mm. Preis 50 Pfg.

Leitfaben zum Gewerkevereinsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.

Der geschliche Arbeiterrecht im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.

Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkevereine 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine. — Heftchrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Selbstsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/28.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.